

# Es droht ein Showdown an der Urne

Die Linken kündigen einen heftigen Abstimmungskampf gegen die Finanzsteuerung an

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Die Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes und die Stärkung der finanziellen Steuerung werden im kommenden Herbst im Baselbiet zum grossen Machtkampf zwischen links und rechts führen. Das wurde nach der gestrigen ersten Lesung im Landrat in Liestal deutlich. Die bürgerliche Mehrheit lehnte alle Anträge der Linken geschlossen ab. Und mit dem Beharren auf der Zweidrittelmehrheit für künftige Anpassungen des Steuerfusses verdrängen sich die Bürgerlichen auch mit den Grünen, die sich ansonsten hinter das grosse Revisionsvorhaben gestellt hätten. Entsprechend dürfte dem Kanton ein ähnlich heftiger Abstimmungskampf bevorstehen wie 2016 beim Elba-Referendum.



**Landrat**

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

SP-Präsident und Landrat Adil Koller kündigte den Widerstand der Linken in der Abstimmung mit geharnischten Worten an und beschuldigte die Bürgerlichen, einen «immer perfideren» Kurs zu fahren. Wie schon bei der Unternehmenssteuerreform III hätten es die Bürgerlichen verpasst, zu einem tragfähigen Kompromiss Hand zu bieten. Er sei gespannt darauf, zu erfahren, wie die Bürgerlichen an den Podiumsdebatten vor der Abstimmung der Bevölkerung das Abbau-Programm erklären wollten. Er freue sich schon heute auf den Abstimmungskampf.

## Gegen «Rasenmäher»-Methode

Die SP sehe durchaus positive Elemente im neuen Steuerungsinstrument, sagte Fraktionssprecher Urs Kaufmann. Doch es gebe schwerwiegende Mängel. Kaufmann sprach von faulen Zähnen



**Widerspricht resolut.** Regierungsrat Anton Lauber wehrt sich gegen Vorwürfe, die «einfach nicht stimmen». Foto Christian Jaeggli

und einer notwendigen Wurzelbehandlung. Konkret bekämpfe die SP die proportionalen Kürzungen «mit dem Rasenmäher», die im Notfall möglich würden. Sie bekämpfe das Instrument für die Regierung, Kredite im Jahresverlauf zu sperren, wenn die Entwicklung schlechter als geplant verlaufe. Und sie bekämpfe auch die Zweidrittelmehrheit für Steuerfuss-Anpassungen. Klaus Kirchmayr (Grüne) outete sich zwar als Befürworter der Vorlage. Für die Grünen sei das nötige Zweidrittelmehr für Steuerfuss-Anpassungen aber ein Sündenfall. Werde dies nicht korrigiert, seien die Grünen gegen die Vorlage.

Verteidigt wurde die Vorlage in allen Teilen von SVP, FDP und CVP. Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) erklärte, die SVP wolle die Vorlage unverändert annehmen. Nur dann sei auch ein Rückzug der SVP-Initiative möglich, die für Steuererhöhungen sogar jedes Mal einen Volksentscheid verlange. Christof Hiltmann (FDP) erklärte, es handle sich hier um eine «Führungsinstrument-Vorlage», die für Effektivität und Effizienz sorgen werde. Simon Oberbeck (CVP) relativierte den Vorwurf, es werde mit dem Rasenmäher gekürzt. Das sei doch nur die Ultima Ratio, die in der Praxis gar nicht nötig sei. «Das Gesetz ist über-

fällig», erinnerte Oberbeck an den langen Weg zur Vorlage.

Am vehementesten verteidigte Regierungsrat Anton Lauber die Finanzvorlage. Dem SP-Chef hielt er entgegen: «Ich liebe Rhetorik, aber sie sollte inhaltlich korrekt sein.» Er freue sich auch auf die «Podiumsdiskussionen». Es handle sich um ein technisches Gesetz. Es gehe nicht um Willkür, nicht um Rasenmäher-Methoden, auch nicht um einen Angriff auf die Demokratie. Die Befürchtungen der Linken «stimmen einfach nicht», sagte Lauber.

Definitiv verabschiedet wird die Vorlage erst in zweiter Lesung.

# Römerstadt-Archäologen erhalten Bürokomplex

Landrat bewilligt Baukredit von knapp 20 Millionen Franken für 60 neue Arbeitsplätze in Augusta Raurica

Von Daniel Wahl

**Liestal.** Ganz selten werden Fotos auf die Bildschirme gesendet, die mitten im Saal über den Köpfen der Landräte wie Kronleuchter hängen. Felix Keller (CVP) nutzte die Technik wieder einmal. Seine Bilder zeigten den Arbeitsplatz eines Mitarbeiters für die Römerstadt Augusta Raurica und wie dieser Büro-Wohncontainer von Efeu überwachsen wird. Die Decke eines anderen Arbeitsplatzes, wo ein Archäologe tätig ist, muss mit einem Pfosten abgestützt werden, damit das Büro nicht zusammenstürzt. Diese Not hat den Landrat überzeugt. Er hat den Baukredit von 19,3 Millionen Franken für einen neuen Bürokomplex für die Römerstadt-Archäologen gesprochen.

Hanspeter Weibel spöttelte noch, dass solche Höhlen und Efeu-Urwälder den Arbeitsplätzen von Archäologen entsprechen, um dann, ernst geworden, den Landrat davon zu überzeugen, dass dieses Gebäude zu gross und für zu viele Mitarbeiter geplant sei. 60 Mitarbeiter beschäftigt die Römerstadt, beziehungsweise der Kanton. Und die

zeigen eine regelrechte Sammelwut: Die mit rund 40 000 Fundstücken gestartete Sammlung ist auf 1,8 Millionen Römer-Objekte angewachsen, für die zusätzlich noch eine Halle für rund zehn Millionen Franken gebaut werden soll. «Zurück an den Adressaten, beziehungsweise an die Kommission», forderte Weibel im Namen der SVP. Doch die Volkspartei blieb letztlich die einzige, die den «Bau des Tempels» für das Zentrum des Römischen Reiches (Christoph Häring, SVP) nochmals überarbeiten und verbilligen lassen wollte.

## Respekt vor dem Willen des Volks

Mehr aus ordnungspolitischen, denn aus anderen Gründen unterstützte die FDP den SVP-Rückweisungsantrag nicht. Zwei Drittel der Bevölkerung haben an der Urne im Jahr 2012 grünes Licht für den Bau eines Sammlungs-zentrums gegeben und zudem gewusst, dass dieser Bürokomplex rund 20 Millionen Franken kosten wird, begründete Rolf Blatter (FDP) und schloss: «Diesen Volksentscheid nicht zu akzeptieren, fänden wir falsch.» Zudem habe man

für den Projektwettbewerb bereits 400 000 Franken ausgegeben. Würde man die Pläne nochmals überarbeiten, wären solche Vorinvestitionen verloren.

## Streit um hohe Kosten

Die Beurteilungen, ob der Neubau ein Luxusbau oder den derzeitigen Kantonsfinanzen angemessen ist, gingen naturgemäss auseinander. Die SVP hielt das geplante viereckige Gebäude im Schwarzwacker bei der Liebrüti für viel zu teuer. Der Kubikmeterpreis von 720 Franken liege weit über dem eines Schulhausbaus wie aktuell beim Gymnasium Münchenstein. In der Vorlage der Regierung heisst es, dass die Kosten pro Geschossfläche im Vergleich zu Schulbauten eher im oberen Bereich der Bandbreite liegen. Das liege daran, dass viele kleinere Räume gebaut werden müssen, erklärte Kommissionspräsident Hannes Schweizer (SP).

Worauf eine Diskussion über die hohen Ausbaustandards, verursacht durch den SIA-Privatverein der Architekten, folgte. Diese Standards würden vom Hochbauamt ohne hinterfragt zu werden übernommen, während beim

Tiefbauamt mittlerweile eine Änderung der Denkweise und ein höheres Kostenbewusstsein eingekkehrt seien. Baudirektorin Sabine Pegoraro hielt diese Diskussion nicht mehr für fair. Sie forderte namentlich Landrat und Bauunternehmer Christoph Häring auf, ihr zu sagen, wo im Hochbauamt geklotzt werde. Darüber hinaus betonte sie, dass das Projekt die ursprünglichen Kosten um fünf Prozent oder 1,2 Millionen Franken unterschritten habe. Martin Rüegg (SP) sprach schliesslich auch von einer «Punktlandung».

Die «Leidensgeschichte» des Sammlungs-zentrums, so Rüegg, ist lang. Ein Projekt für die Erneuerung und Sammlung der Arbeitsplätze in acht verschiedenen Liegenschaften wurde erstmals vor knapp 20 Jahren angestossen, erste Lösungsansätze lagen 2003 auf dem Tisch. «Es ist Zeit, für das Kulturgut von nationaler Bedeutung endlich Nägel mit Köpfen zu machen», erklärte Rüegg.

Der Rückweisungsantrag der SVP wurde in der Folge mit 30 Ja gegen 52 Nein abgelehnt, schliesslich wurde dem Projekt mit 57 zu 21 Stimmen bei fünf Enthaltungen zugestimmt.

# Zustimmung für Umfahrung Augst

Landrat spricht sich knapp für Realisierung in Etappen aus

Von Daniel Wahl

**Liestal.** Das Arbeitsgebiet Augst-Kaiser-augst wächst rasant; der Verkehr hat zugenommen. Dass die Ortsdurchfahrt stark belastet ist, dass es eine Planungsstudie für eine Umfahrung braucht, war deshalb im Landrat von links bis rechts unbestritten, die Bereitschaft, 500 000 Franken für eine Planungs- und Machbarkeitsstudie aufzuwerfen, deshalb gross. Dass aber gleichzeitig ein Vorprojekt, in dem bereits das Trasseefestgelegt und Parzellen gesichert werden, in Auftrag gegeben werden soll und dafür zwei Millionen Franken ausge-

ben werden, war der Linken und der CVP zu viel. «Wir wollen mitbestimmen können, welches das richtige Projekt ist», sagte Martin Rüegg (SP), es brauche «saubere Grundlagen», so Felix Keller (CVP). Baudirektorin Sabine Pegoraro konkret, nur mit der Trasseesicherung könne der Druck auf den Kanton Aargau aufrechterhalten werden, der zwar kein besonderes Interesse zeige, aber beim Projekt partizipieren müsse. Ganz knapp, mit 41 zu 40 Stimmen, ist der Landrat dem Antrag Rüeggs gefolgt und hat nur dem Projektierungskredit zugestimmt und zwei Millionen Franken für das Vorprojekt zurückgestellt.

# Initiative nicht zielführend

Komitee setzt sich zur Wehr

**Liestal.** «Nein zum Bildungs-Schwindel»: So nennt sich das Komitee, das gestern den Kampf gegen die Initiative «Ja zu fachlich kompetent ausgebildeten Lehrpersonen» aufgenommen hat. Ihr gehören Vertreter aller Parteien an und insbesondere sämtliche Mitglieder der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission des Landrats. «Die Initiative ist nicht zielführend, auch wenn wir Sympathien für Verbesserungen bei der Ausbildung haben», sagte Pascal Ryf (CVP) gestern vor den Medien. Unterstützt wurde er dabei von den Landratskollegen Christoph Hänggi (SP), Paul Wenger (SVP), Florence Brenzikofer (Grüne), Marianne Hollinger (FDP) und Pascale Uccella (SVP).

Das Komitee wendet sich vor allem dagegen, dass der Kanton Baselland bei einer Annahme der Initiative die interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung der Ausbildungsabschlüsse kündigen müsste. Das Komitee bezichtigt die Initianten der Unehrlichkeit, wenn sie mit ihren Plakaten den Anschein erwecken, hinter der Initiative stehe ein überparteiliches Komitee. td

# Für fakultatives Referendum

Gemeinde-Budgets vors Volk

**Liestal.** In den Baselbieter Gemeinden soll die Möglichkeit geschaffen werden, das Referendum gegen das Budget zu ergreifen. Dies verlangt eine gestern im Landrat eingereichte Motion von Hanspeter Weibel und der SVP-Fraktion. Der Vorstoss sieht vor, dass im Gemeindegesezt das fakultative Referendum gegen Beschlüsse einer Gemeindeversammlung zu Voranschlag und Steuerfuss verankert wird. Damit sollen die Stimmberechtigten ein wichtiges Steuerungsinstrument erhalten, heisst es im Vorstoss. Verhindert werden könne damit, dass der Gemeinderat und eine Minderheit von Besuchern der Gemeindeversammlung das Budget und den Steuerfuss im Alleingang festlegen. Erfahrungsgemäss würden nur zwei bis drei Prozent der Stimmberechtigten an einer Gemeindeversammlung teilnehmen. Heute sind Urnenscheide dazu nicht möglich. td

## Nachrichten

### Lehrerverein reicht Bildungs-Initiativen ein

**Liestal.** Der Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland (LVB) hat gestern in Liestal die Unterschriften für seine beiden Bildungs-Initiativen eingereicht. Rund 2600 beziehungsweise 2700 Unterschriften für die Volksbegehren «Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen» sowie «Stopp dem Abbau an den öffentlichen Schulen» wurden an Landschreiber Peter Vetter übergeben. Die Initiativen fordern eine gerechtere Verteilung der Bildungsressourcen und höhere Hürden für Sparmassnahmen zulasten der öffentlichen Schulen. td

### Dreierkammer für stationäre Massnahmen

**Liestal.** Einstimmig hat der Landrat gestern eine Motion von Diego Stoll (SP) überwiesen, mit der ein Missstand bei stationären therapeutischen Massnahmen behoben wird. Neu braucht es dafür den Entscheid einer Dreierkammer des Strafgerichts. Die Regierung wollte vergeblich, dass der Rat die Motion in ein unverbindliches Postulat umwandelt. td

### Gesetzliche Regelung für Windkraftanlagen?

**Liestal.** Die Regierung muss prüfen, ob Mindestabstände für Windkraftanlagen gesetzlich verankert werden sollen. Der Landrat hat ein Postulat von Andi Trüssel (SVP) mit 40 zu 31 Stimmen überwiesen. Nach ausgiebiger Diskussion verzichtete Trüssel auf die verbindlichere Form einer Motion. td

# Autonomie geht vor

Primarlehrer sollen in den Gemeinderat gewählt werden dürfen

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Der Landrat hat gestern in zweiter Lesung mit 59 zu 25 Stimmen beschlossen, dass es den Gemeinden überlassen wird, ob die in der Gemeinde angestellten Lehrkräfte auch in den Gemeinderat oder in eine Gemeindekommission gewählt werden dürfen. Damit wurde in zweiter Lesung das zuvor beschlossene Gemeinderatsverbot für Lehrerinnen und Lehrer wieder verworfen. Zu verdanken ist der Entscheid einer Koalition von SP und SVP.

Thomas Bühler (SP) hatte beantragt, den Primarlehrern im Gegensatz zu den

übrigen Gemeindeangestellten die Möglichkeit zu geben, sich in eine Gemeindebehörde wählen zu lassen. Er argumentierte damit, dass die Primarlehrer dem Schulrat und nicht dem Gemeinderat unterstellt seien. Peter Riebli (SVP) setzte sich schliesslich mit dem Antrag durch, den Entscheid den Gemeinden zu überlassen. Es gebe im Kanton Gemeinden verschiedener Grösse, sodass auch unterschiedliche Regelungen möglich sein sollen. Die Anpassung des Gesetzes wurde nicht abschliessend besiegelt. Der Rat beauftragte die Justizkommission, den Paragraphen entsprechend korrekt zu formulieren.